

## // Im Blickpunkt

Nicht nur der Bundesrat zweifelt an der Notwendigkeit des von der Regierung vorgelegten Entwurfs eines Gesetzes zur Stärkung der Finanzmarkt- und Versicherungsaufsicht (vgl. dazu den Beitrag von *Fischer/Lepper*, BB 2009, 962), auch die Deutsche Bundesbank und der Zentrale Kreditausschuss haben sich gegen einen „nationalen Alleingang“ ausgesprochen. Aufgeworfen wurde die Frage, „ob und warum eine nationale Regulierung zwingend und vordringlich vorgenommen werden muss, ohne auf die in den nächsten Monaten anstehende harmonisierte Umsetzung internationaler Vereinbarungen und EU-Richtlinien Rücksicht zu nehmen“ (vgl. dazu die Meldung unten auf dieser Seite). Die Regierung hat in diesem Zusammenhang auf ein schnelles Handlungsbedürfnis verwiesen, dem die Umsetzung der europäischen bzw. internationalen Maßnahmen voraussichtlich erst 2011 nicht gerecht wird.

Dr. Martina Koster, Ressortleiterin Wirtschaftsrecht

**Entscheidungen****BGH: Zulässigkeit der Anfechtungsklage gegen einen Vorratsbeschluss**

Mit Urteil vom 27.4.2009 – II ZR 167/07 – hat der BGH entschieden: Gegen einen Vorratsbeschluss, mit dem einem Gesellschafter über ein konkretes Informationsbegehren hinaus Einsicht oder Auskunft für eine bestimmte Zeit, unter bestimmten Umständen oder in bestimmte Unterlagen verweigert wird, ist die Anfechtungsklage zulässig. Soll ein Geschäftsführer aus wichtigem Grund wegen einer Pflichtverletzung abberufen werden, ist ein Gesellschafter, der die Pflichtverletzung gemeinsam mit dem Geschäftsführer begangen hat, von der Abstimmung ausgeschlossen.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-1249-1 unter [www.betriebs-berater.de](http://www.betriebs-berater.de)

➔ *Dazu demnächst der Entscheidungsreport von Blumenstiel.*

**BGH: Zur inkongruenten Deckung zugunsten eines Kreditinstituts**

Der BGH hat mit Urteil vom 7.5.2009 – IX ZR 140/08 – entschieden: Hat der Schuldner einen ungekündigten Kontokorrentkredit nicht ausgeschöpft, führen in kritischer Zeit eingehende, dem Konto gutgeschriebene Zahlungen, denen keine Abbuchungen gegenüberstehen, infolge der damit verbundenen Kredittilgung zu einer inkongruenten Deckung zugunsten des Kreditinstituts.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-1249-2 unter [www.betriebs-berater.de](http://www.betriebs-berater.de)

**Finanzkrise****EU-Kommission: Stärkung der europäischen Finanzaufsicht**

Die Europäische Kommission will die europäische Finanzaufsicht stärken. Ein Europäischer Rat für Systemrisiken (European Systemic Risk Council, ESRC) soll Risiken für die Stabilität des Finanzsystems insgesamt überwachen und be-

werten. In einem Europäischen Finanzaufsichtssystem (European System of Financial Supervisors, ESFS) sollen die nationalen Finanzaufsichtsbehörden mit den neuen Europäischen Finanzaufsichtsbehörden zusammenarbeiten und einzelne Finanzinstitute beaufsichtigen. Die zur Umsetzung dieser Vorschläge erforderlichen Rechtsvorschriften werden im Herbst folgen. Die EU-Kommission fordert alle interessierten Kreise auf, bis zum 15.7.2009 zu ihrer Mitteilung Stellung zu nehmen.

(Quelle: PM EU-Kommission vom 27.5.2009)

**EU-Kommission: Grünes Licht für Rettung der HSH Nordbank**

Die EU-Kommission hat eine Kapitalzufuhr von drei Milliarden Euro und einen Risikoschirm von zehn Milliarden Euro zugunsten der HSH Nordbank genehmigt. Deutschland hatte diese Maßnahmen als dringende Rettungsbeihilfe zur Wahrung der finanziellen Stabilität angemeldet. Die Kommission hat die Beihilfe nun für einen befristeten Zeitraum genehmigt, damit die Insolvenz der HSH Nordbank verhindert wird, die wahrscheinlich zu einer beträchtlichen Störung des deutschen Finanzsektors geführt hätte. Deutschland muss jetzt binnen drei Monaten ein tragfähiges Zukunftskonzept für die HSH Nordbank vorlegen.

(Quelle: PM EU-Kommission vom 2.6.2009)

**Bankenverband: Leitlinien zur Stärkung des Anlegervertrauens vorgelegt**

Mit den am 26.5.2009 veröffentlichten Leitlinien zur Stärkung des Anlegervertrauens setzt der Bankenverband Standards für die Geldanlage im Privatkundengeschäft. Die Leitlinien befassen sich nicht nur mit der Kundenberatung, sondern ebenso mit den verschiedenen Aktivitäten, die der Beratung vorgelagert sind. Das reicht von der Produktauswahl bis hin zur Erstellung des Informationsmaterials. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf dem Produktprüfungsprozess. So

soll es künftig einen einheitlichen Rahmen für die Prüfung geben, ob und inwieweit neue Angebote für Privatanleger geeignet sind. Zudem werden die Produktinformationen kritisch auf Verständlichkeit geprüft. Mit den Leitlinien hält der Verband seine Mitglieder an, die eigenen internen Prozesse zu überprüfen und – wenn nötig – anzupassen, so Weber. „Von einem für alle privaten Banken geltenden einheitlichen Qualitätsstandard werden die Kunden profitieren.“

(PM Bankenverband vom 26.5.2009)

**Gesetzgebung****Bundestag: Gesetz zur Umsetzung der Aktionärsrechterichtlinie verabschiedet**

Der Deutsche Bundestag hat am 29.5.2009 das Gesetz zur Umsetzung der Aktionärsrechterichtlinie (ARUG) verabschiedet. Aktionäre werden künftig besser informiert und ihnen wird die Stimmrechtsausübung erleichtert. Zusammen mit einer Vereinfachung des Vollmachtsstimmrechts der Banken will das Gesetz die Präsenz von Aktionären in der Hauptversammlung erhöhen. Das ARUG erschwert so genannten „räuberischen Aktionären“ das Geschäft und enthält zudem eine für die Praxis wichtige Neuordnung des Fristenregimes im Vorfeld der Hauptversammlung.

(Quelle: PM BMJ vom 29.5.2009)

➔ *Vgl. zum Regierungsentwurf Drinhausen/Keinath, BB 2009, 64, zum Referentenentwurf dies., BB 2008, 1238 und 2078.*

**Bundestag: Modernes Patentrecht beschlossen**

Der Deutsche Bundestag hat am 28.5.2009 den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Vereinfachung und Modernisierung des Patentrechts beschlossen. Das Gesetz verbessert die Rechtslage bei der Anmeldung von Patenten und Marken und vereinfacht das Rechtsmittelsystem. Das Gesetz bedarf nicht der Zustimmung des Bundesrats.

(Quelle: PM BMJ vom 28.5.2009)